

Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto: Gebr. Arnold, Dresden und Cöln, Staatbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Altsadt

Bezugpreis einschließlich Grangerlohn in der 48. Woche vom 24. November bis 30. November 1 Million M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Millionen M., Einzelnummer 200 Millionen M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 40 mm breite Nonpareilzeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 276

Dresden, Mittwoch den 28. November 1923

34. Jahrg.

Reichswehrtreiben in Sachsen

Gestern machte im Landtag die Deutsche Volkspartei den vergeblichen Versuch, mit viel Sensationsgeschrei über ihre Niederlagen im Reich wegzutäuschen. Dem Landtag lag zunächst ein Antrag der Deutschen Volkspartei über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Amtstätigkeit Zeigners vor. Dabei tat sich der Deutschvolksparteier Kaiser ein Stückchen. In derselben schabigen Weise wie ein Teil der bürgerlichen Presse suchte er den Fall des Genossen Zeigner politisch auszunutzen. Herr Kaiser ist offenbar das Gefühl für die einfachste Anstandsspflicht vollkommen verloren gegangen. Obgleich er weiß, daß die Sozialdemokratische Partei sofort das Notwendige getan hat, als ihr die Beschuldigungen gegen Zeigner bekannt wurden, brachte Kaiser es fertig, aus der Angelegenheit Zeigner einen „politischen Skandal“ zu fabrizieren. Dabei wurde die alte Melodie über die gefährliche sozialdemokratische Personalpolitik angeklungen. Das System Zeigner sei der Sumpfboden, auf dem „mandt giftige Blüte“ gedeihe. Sellen treiben gewisse bürgerliche Leute ihre politische Geschleier ärger, als wenn sie auf die Personalpolitik zu sprechen kommen. Das Notwendige dazu ist schon oft gesagt worden. Dieselben Leute, die es früher als selbstverständlich hielten, daß nur Leute von sehr „guter Gesinnung“ in hohe Beamtenposten kamen, daß Sozialdemokraten von Beamtenstellen ausgeschlossen blieben und daß die Zugehörigkeit zu einer linksliberalen Partei schon genügt, um selbst einem tüchtigen Mann die Karriere zu verderben, erheben jetzt bei jeder Besetzung eines Postens mit einem sozialdemokratischen Beamten ein Mäh- und Wehgeschrei. Die Unverschämtheit, mit der es jetzt Herr Kaiser fertig bringt, sich über die sozialdemokratische Personalpolitik von Mund zu streifen, muß man um so mehr bewundern, als erst kürzlich sein Parteigenosse Feinze geäußert hat, wie skrupellos die Deutsche Volkspartei Personalpolitik treibt, wenn sie an der Macht ist. Eine deutschvolksparteiliche Regierung würde sich sicher nicht damit begnügen, eine so geringe Anzahl von Parteigenossen in entscheidende Stellen zu drängen, wie das die Sozialdemokratie in fünf Jahren sozialistischer Regierung in Sachsen getan hat.

Dann folgte die Besprechung der Anträge, die sich mit dem Vorgehen des Landtags und der Wehrverhältnisse in Sachsen beschäftigten. Dabei wurden sowohl von den Kommunisten wie von den Genossen Liebmanna und Fleißner eine Anzahl Fälle von Mißhandlungen verhandelt, die zum Himmel schreien. Auf der rechten Seite des Hauses suchte man diese Dinge zuerst vor der heitern Seite zu nehmen und sie als Ueberretungen hinzustellen. Als aber die ärztlichen Zeugnisse vorgelegt wurden, die von den Spuren schwerer Mißhandlungen sprechen, begann man auch auf der rechten Seite ruhiger zu werden. General Müller hat keinen Grund, auf seine Reichswehr sehr stolz zu sein, und er ist es wohl auch nicht. Mit Schauern hat die Welt seinerzeit die Schilderungen der Gräueltaten gelesen, wie sie im besetzten Rußland, in Serbien, Ungarn und in anderen wilden Ländern vorgekommen sind. Aber was sich hier Angehörige der deutschen Reichswehr gegen deutsche Bürger geleistet haben, die zum Teil grundlos verhaftet wurden, kann sich durchaus neben den Brutalitäten sehen lassen, die uns aus jenen Ländern berichtet werden.

Weder können wir nicht alle Fälle, die im Landtag gestern geäußert wurden, im einzelnen wiedergeben. Doch die Proben, die wir unsern Lesern bereits mitgeteilt haben und die noch folgen werden, zeigen zur Genüge, was für Elemente in der Reichswehr der deutschen Republik vorhanden sind. Zugunsten der deutschen Reichswehrlösung darf man wohl annehmen, daß diese Brutalitäten zum großen Teil nicht von den eigentlichen Reichswehrangehörigen ausgingen, sondern von Leuten der sogenannten schwarzen Reichswehr. Es ist bisher leider nicht gelungen, Aufklärung darüber zu schaffen, wie es mit dieser schwarzen Reichswehr steht. Oft genug haben wir das Wehrreiskommando aufgefordert, sich über die schwarze „Aufsüllung“ zu äußern, ohne daß wir bisher eine Antwort bekommen hätten. Ein Beweis dafür, daß die Reichswehrbehörden genügend Grund haben, über diese Dinge zu schweigen. Die Mißhandlungen der Verhafteten könnten in etwas milderem Maße erscheinen, wenn es sich bei den Verhafteten um Leute handelte, die schwerer Vergehen schuldig wären. Aber davon kann gar keine Rede sein. In einem von uns bereits veröffentlichten Erlaß des Herrn Müller ist ja auch offen zugestanden worden, daß die Verhaftungen oft völlig unbegründet stattfanden. Reichswehrgeschäftige Denunziationen haben häufig genügt, um Verhaftungen und Mißhandlungen herbeizuführen. Auffällig groß ist die Zahl der Lehrer, die grundlos verhaftet und mißhandelt wurden. Die Reichswehr ist hier offenbar vorgegangen auf Anzeigen von Bauern und Gutsherrn, die an dem verhassten Lehrer ihr Mißtrauen fühlten wollen, weil dieser sie durch Heranziehung ihrer Arbeiter zur Fortbildungsschule und ähnlicher überflüssiger Kulturdinge gekränkt hat.

Das Ansehen Deutschlands in der Welt wird durch die Reichswehr-Ausweitung in Sachsen schwer geschädigt. Es wird auch diesmal nicht an Entmannen fehlen, die der sächsischen Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß sie die Mißhandlungsfälle in die Öffentlichkeit gebracht hat. Es ist ja in Deutschland Mose, Verbreden, die von Angehörigen der

Reichswehr oder der rechtsradikalen Wehrorganisationen begangen werden, mit sehr viel Milde zu behandeln, aber denjenigen einen Vaterlandsverräter zu schelten, der diese Verbrechen aufdeckt. Aber es war geradezu Pflicht der sächsischen Regierung, die Gräueltaten der Reichswehrlösung in aller Öffentlichkeit zu läutern, hat sie doch sonst kein Mitleid, die sächsischen Bevölkerung zu schützen. Die Wehrverhältnisse sind ja bemüht, der sächsischen Regierung die Möglichkeit zu nehmen, sich zuverlässiges Material über das Verhalten der Reichswehr zu verschaffen. Man begreift jetzt sehr gut, warum General Müller die Regierungskommission abgelehnt hat: weil sie diejenigen Regierungsorgane waren, die die Soldaten der Reichswehrlösung festhielten. Was gedenkt General Müller zu tun, um wenigstens für die Zukunft derartige Ausschreitungen vorzubeugen? Wir glauben gern, daß Herr Müller diese Dinge sehr unangenehm sind, besonders wenn sie in die Öffentlichkeit kommen, und es ist ein Befehl von Herrn Müller herausgekommen, in dem er sich gegen derartige Mißhandlungen wendet. Aber ist damit das Notwendige getan? Selbst im alten kaiserlichen Deutschland wären solche Dinge nicht möglich gewesen. Ein einziger derartige Fall hätte wahrscheinlich genügt, dem Führer der betreffenden Truppe das Genick zu brechen. Aber wurde bisher auch nur ein einziger Offizier wegen der schon längst Herrn Müller bekannten Ausschreitungen seines Postens entlassen? Hält es General Müller nicht für nötig, in der Öffentlichkeit darüber etwas deutlicher zu werden, was er gegen solche unerhörte Exzesse zu tun gedenkt? Oder ist die Reichswehrlösung nicht in der Lage, der Bevölkerung den genügenden Schutz vor ihren eigenen Angehörigen zu gewähren? Ist man nicht Herr der Elemente, die in der Reichswehr eine Kontrolle bilden? Und wie steht es mit den Offizieren? In einigen Fällen ergab sich, daß Offiziere nicht nur die Mißhandlungen duldeten, sondern sich auch an den ärgersten Brutalitäten beteiligten!

Neben den Ausschreitungen der Reichswehr verblüht alles, was etwa hier in Sachsen an Ausschreitungen von Erwerbslosen in den letzten Wochen vorgekommen ist. Es ist wahrlich höchste Zeit, daß Sachsen von dieser Reichswehrrschaft befreit wird.

Sächsischer Landtag

72. Sitzung, Dienstag den 27. November, nachmittags 1 Uhr.

Präsident Winkler eröffnet die Sitzung mit einem Protokoll gegen die im Landtagsgebäude zweimal vorgenommenen politischen Hausdurchsuchungen und ersucht die Regierung um Einleitung der nötigen Schritte, daß sich solche Dinge nicht wiederholen können.

Abg. Würtzler (Komm.) erhob gegen jene Hausdurchsuchungen ebenfalls Einspruch und verlangte die Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände. Dana teilte er noch mit, daß seine Fraktion ihren Antrag auf Verhandlungen mit Sowjetrußland zurückzieht.

Bürgerblock-Spiel

Die Wehrverhältnisse für eine neue Reichsregierung dauern an. Ein „überparteiliches Kabinett“ von „Männern“, „Köpfen“, „Wannern“ oder Individualitäten kam nicht zustande, was auch ein Monstrum gewesen wäre, dessen Kern nur bis zur nächsten Reichstagsitzung angelangt hätte. Der zum Aufbruch eines solchen Kabinetts beauftragte frühere Minister Albert hat seine Ohnmacht erkannt und den Auftrag dem Reichspräsidenten zurückgegeben.

Nun kommt als nächste Vorführung das univernale Bürgerblock-Spiel. Die reaktionären Drahtzieher haben die Verhältnisse so weit getrieben, daß auch das Zentrum für die Bürgerblock-Koalition „reif“ geworden ist. Deutsche Volkspartei, Deutschnationalen, Vaterländische Volkspartei und Zentrum sollen und werden sich zu einem Bürgerblock zusammenschließen, der mit seinen rund 200 Reichstagsmitgliedern die Basis für ein Kabinett Stegerwald, Jarres, Brauns oder ähnlich abgibt. Die Demokraten wollen in ihrer Mehrheit nicht mittun, obgleich einzelne von ihnen wohl zur aktiven Teilnahme am Spiel bereit wären. Die Verhandlung zwischen den genannten Parteien soll noch nicht erzielt, aber so weit vorgeschritten sein, daß der Auftrag zur Bildung des Kabinetts an Herrn Adam Stegerwald heute erteilt werden wird.

Die Berliner Meldungen besagen, daß die Volkspartei an die Deutschnationalen keine Forderungen stellte, also mit einer deutschnationalen Politik von vornherein einverstanden ist. Das Zentrum wünschte aber von den Deutschnationalen: Anerkennung der Verfassung, der Rechtsgültigkeit des Versailler Vertrages, eine bestimmte Politik gegenüber dem Rheinland und weitere Befestigung der illegalen Verbände, während umgekehrt die Deutschnationalen als Vorbedingung stellten: Aufgabe der großen Koalition in Preußen. Die nationalsozialistischen Diktatoren wollen vor allem den Genossen Eberling aus dem preussischen Innenministerium hinausdrängen. Das Zentrum lehnte diese Forderung ab, die Volkspartei beschloß, die Entscheidung der großen Koalition in Preußen ihren preussischen Landtagskollegen zu überlassen. Beide Parteien hoffen jedoch, daß die Weiterentwicklung der Verhältnisse rasch bald die

Als Ersatzmann für Dr. Zeigner ist Genosse Tempel, Freiberg, eingetreten.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurde zunächst ein Untersuchungsausschuß zur Prüfung der vom Minister Pötcher während seiner Tätigkeit als Finanzminister vorgenommenen Beamtenanstellungen usw. eingesetzt. Dem Ausschuß gehören an die Abgg. Franz, Schüch, Sachse, Karl, Frau Wagner (Soz.), Dr. Reinhold (Dem.), Wäcker, Lippe (F. Sp.), Paula, Grelmann (Nat. Sp.) und Orang (Komm.). Sodann begründet Abg. Dr. Kaiser (D. Sp.) seinen

Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Amtstätigkeit des früheren Justizministers Dr. Zeigner

und über die Führung der Strafuntersuchung gegen diesen. Wie nicht anders zu erwarten, ging der Antragsteller in schlagender Breite auf den „Fall Zeigner“ ein, den er als einen politischen Skandal bezeichnet, der keinesgleichen in der neueren Reichsgeschichte habe. Er hielt bereits für erwiesen, daß unter dem System Zeigner die Anstellung und Beförderung von Beamten nicht nach persönlicher Eignung und nicht nach fachlicher Tüchtigkeit, sondern lediglich nach der Parteizugehörigkeit erfolgte.

Justizminister Reu:

Wegen den früheren Justizminister Dr. Zeigner ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Leipzig die Voruntersuchung wegen Verdachts eines Verbrechens gegen § 383 des Strafgesetzbuchs eröffnet worden. Auch ist er auf Grund des § 87 des Gesetzes vom 8. Juni 1876 vorläufig von seinem Amte als Landgerichtsdirektor beim Landgericht Dresden entsetzt worden. Die Akten des Justizministeriums über die Regnabungen, in Ansehung deren Dr. Zeigner eine Verletzung seiner Amtspflichten zur Last gelegt wird, sind der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Leipzig auf ihr Ansuchen überlassen worden. Das Justizministerium kann schon jetzt erklären, daß die Unabentschiedenheiten, die den Gegenstand der Untersuchung gegen Dr. Zeigner bilden, in der üblichen Weise von Beamten der Abenteilerabteilung bearbeitet worden sind (Jurist bei den Deutschnationalen: Was ist üblich), daß jedoch nicht der mindeste Anhalt für eine Mitwirkung oder Mitschuld dieser Beamten an den Dr. Zeigner zur Last gelegten Verfehlungen besteht, daß vielmehr in jedem einzelnen Falle die verantwortliche Entscheidung des Justizministeriums von Dr. Zeigner persönlich getroffen worden ist.

Das Justizministerium hat, sobald der gegen Dr. Zeigner ausgesprochene Verdacht amtlicher Verfehlungen durch die Ermittlungen verläßt wurde, angeordnet, daß das Staatsanwaltschaftliche Verfahren von dem leitenden Beamten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Leipzig weitergeführt werde. Eine Uebertragung der Nachforschungen an den mit der Bearbeitung der politischen Strafsachen beauftragten Staatsanwalt in Leipzig ist vom Justizministerium niemals beabsichtigt worden. Die Anordnung, daß der Oberstaatsanwalt in Leipzig die Amtsvorfahrungen der Staatsanwaltschaft in dem Verfahren gegen Dr. Zeigner selbst übernehmen solle, beruht auf der Weisung des Justizministeriums, Straf-

Sprengung der preussischen Koalition mit den Sozialdemokraten zur Notwendigkeit machen werde. Mit dieser sicheren Voraussicht dürften sich wohl die Deutschnationalen einstweilen zufrieden geben. Ueber die anderen Fragen wird mit den Deutschnationalen noch verhandelt, doch sollen Zusicherungen in Aussicht stehen, die ein Kabinett Stegerwald ermöglichen. Herr Stegerwald hat als preussischer Ministerpräsident während der Zeit, als dort die Sozialdemokratie ausgeschaltet war, seine Befähigung zum reaktionären Rechtspolitiker erbracht. Er wird dem Bürgerblock eine die Deutschnationalen vorläufig befriedigende Politik gut und gern machen können. So scheint der Bürgerblock nach Ueberwindung der letzten Schwierigkeiten eine Tatsache zu werden. Sie bringt freilich nicht völlige Klärung der Verhältnisse, doch liegt sie in dieser Richtung. Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen den Bürgerblock in guter Position aufnehmen und dieser Reaktion die Verbrämung und die täuschenden Hülsen abgeben, auf daß das schärfere Volk Klarheit sieht. Das ist die erste Voraussetzung für das Machtingen, das ausgetragen werden muß.

Berlin, 28. November. (Sig. Drahtbericht.) Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet: Die Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber dem Bürgerblock ist ohne weiteres gegeben. Eine Regierung, in der Vertreter einer Partei sitzen, die seit Jahren bemüht auf den Volkerrat hingearbeitet hat und zu seiner Vertretung selbst nicht vor den schneidendsten Mitteln zurückzuckerte, muß sich auf den entscheidenden Kampf der Arbeiterschaft gefaßt machen. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Regierung eines Bürgerblocks, wenn sie überhaupt zustandekommt, neues Geld über Deutschland bringt und weitere Kosten auf die Arbeiterschaft abwälzt werden. Aber nach diesem Anschauungsunterricht dürfte die Zeit kommen, in der die monarchistischen Volkswörter endgültig ausgespielt und die Erkenntnis allgem ein ist, daß ohne die deutsche Sozialdemokratie, ohne die Arbeiterschaft in Deutschland nicht regiert werden kann.

-G.
4
FTE
Lige
me
mben
-Str. 2323
monhof
Apparate
Kleider
Platz 8
schule
Rauch
betten
Kleider
Katalog SP
Sachl. (Chor.)
ieder-
käufer
halten
abt!
8
mia
5
ig
chesters
AZAR
gerstr.
rger
und
hast
k
holt
er
Handlg.
44